www.die-linke-tempelhof-schöneberg.de

DIE LUPE

DIE LINKE.
TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
SEPTEMBER 2009

Auf Ihre Stimme kommt es an!

DIE LINKE will:

- Eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung und die Abschaffung von Hartz IV.
- Eine Mindestrente von 800 Euro pro Monat.
- Einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro.
- Ein Zukunftsprogramm für 2 Millionen Arbeitsplätze.
- Mehr Geld für Bildung, für alle und von Anfang an.
- Die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise zur Kasse bitten.
- Die Rechte und Chancen der Migrantinnen und Migranten stärken.
- Den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

DIE LINKE ist gegen:

- Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre.
- Niedriglöhne, von denen man nicht leben kann.
- Eine Wirtschaftspolitik, die vorrangig Großkonzernen und dem Finanzsektor hilft.
- Studien- und Kitagebühren.
- Auslandseinsätze der Bundeswehr

Das ist alles nicht zu finanzieren? Eben doch. Wir wollen die Vermögenssteuer wieder einführen, den Spitzensteuersatz wie unter Helmut Kohl wieder auf 53 Prozent anheben, eine Börsenumsatzsteuer von 1 Prozent einführen und die Körperschaftssteuer wieder auf 25 Prozent anheben. Dann haben wir rund 300 Milliarden Euro mehr in den öffentlichen Kassen. Andere europäische Länder mit hohem allgemeinen Lebensstandard und einer florierenden Wirtschaft machen es uns vor: Hätten wir die Steuer- und Abgabenquote der skandinavischen Länder, käme der Finanzminister sogar auf 330 Milliarden Euro Mehreinnahmen.

Im Übrigen gilt: Wer 500 Milliarden Euro auf Kosten der Steuerzahler für bankrotte Banken zur Verfügung stellt, darf bei gesellschaftlich notwendigen Ausgaben nicht kneifen.

Die überwiegende Mehrheit in Deutschland will einen funktionierenden Sozialstaat, der diesen Namen verdient, guten Lohn für gute Arbeit und den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

DIE LINKE hat mit ihren Forderungen im deutschen Bundestag als Opposition dafür gesorgt, dass alle anderen Parteien plötzlich wieder die soziale Frage entdeckt haben, nachdem sie jahrelang den Sozialstaat platt gemacht haben. Daraus folgt: DIE LINKE wirkt auch ohne Regierungsamt.

Deswegen Ihre Erststimme für unsere Direktkandidatin Figen Izgin und die für unsere Stärke im Bundestag entscheidende Zweitstimme für DIE LINKE.

Politik für die Mehrheit sieht anders aus!

In den letzten dreißig Jahren wurden die Bundesrepublik Deutschland und wir abwechselnd von vier Parteien regiert: Von SPD mit der FDP, von Union mit der FDP, von SPD mit den Bündnis 90/Grünen und in den letzten vier Jahren von der Union mit der SPD zusammen in der großen Koalition, von der sich viele Menschen viel erhofft hatten. Die politische Bilanz dieser Regierungen fassen wir zusammen: Agenda 2010, steigende Armut, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Beteiligung an Kriegen, Gefährdung der Grund- und Freiheitsrechte und die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die bisherigen Regierungen sagten, wenn einmal die Arbeit der Menschen billig ist und die Steuern für Unternehmen und Wohlhabende erst einmal gesunken sind, dann gibt es genug Wachstum und Arbeitsplätze für alle. Wir haben bisher das Gegenteil erlebt: Mehr als sieben Millionen Menschen leben von Leistungen auf dem Niveau der Sozialhilfe. Löhne und Gewinne gehen in den letzten Jahren stark auseinander.

Das ist kein Schicksal, sondern Ergebnis der Politik der Grünen, der Liberalen, der Sozialdemokraten und der Konservativen.

(Mehr auf Seite 8)

BVV-News

Schulen in Bewegung

Grundschule im Taunusviertel gerettet: In einer Sondersitzung „reparierte“ die BVV die rechtlich und inhaltlich falsche Aufhebung (= Schließung) der Schule. Das Bezirksamt hatte in einem Rechtsirrtum eigenmächtig beschlossen, ohne die rechtlich notwendige Beschlussfassung der BVV einzuholen. Durch die schnelle Reaktion der BVV konnte die Schule doch noch 1. Klassen einrichten. Trotz der vorherigen Unsicherheit und Kurzfristigkeit der Anmeldung werden 34 Erstklässler in drei JÜL-Klassen (jahrgangsübergreifendes Lernen) eingeschult.

Unsicherheit bleibt: Die Entwicklung der Schülerzahlen im Gesamtbezirk erfordert Anpassungen. Erhebliche Überkapazitäten an Schulraum führen dazu, dass die Infrastrukturkosten (6 Mio. Budgetdefizit) drücken. Schulen, wie etwa die Lindenhofschule, bangen daher weiter um ihre Existenz. Viele haben die Anmeldungen für Baumaßnahmen aus den Konjunkturprogrammen schon als Vorentscheidung zur Sicherung oder Auslaufen von Schulstandorten verstanden.

Sekundarschulen: Die Verteilung von Sondermitteln konzentriert sich auch hier auf bestimmte Standorte, meist mit direktem Verweis auf die Entwicklung zur Sekundarschule. Aber im Vergleich zu anderen Bezirken machen die Vorbereitungen zur Kooperation zwischen bisherigen Haupt-, Realschulen und Oberstufenzentren einen planlosen Eindruck. Das veranlaßte die BVV im Juli zum einstimmigen Beschluß „Integrierte Sekundarschulen brauchen nicht nur neue Türschilder“ (Drs. 1134)

Schulentwicklungsplan: Im September will das Bezirksschulamt nun seine Planungen vorlegen. Davon wird abhängen, welche Impulse und welchen Spielraum die neuen Sekundarschulen erhalten. Aber auch neue Schulschließungsvorhaben dürfte das Papier enthalten, befürchtet ...

Bezirksverordneter Harald Gindra

Gemeinsam gegen Sanktionen? Notwendig auch örtliche Initiativen!

Anfang August stellten WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, VertreterInnen von Initiativen, Gewerkschaften sowie Verbänden und MandatsträgerInnen von Parteien einen gemeinsamen „Aufruf für ein Sanktionsmoratorium“ vor (www.sanktionsmoratorium.de).

Aus der Einleitung: *„Jeden Monat wird in diesem Land zigtausenden Erwerbslosen mit Sanktionen das Existenzminimum gekürzt oder sogar gestrichen, weil sie Forderungen der JobCenter nicht erfüllt haben oder weil ihnen dies unterstellt wird. Im Jahr 2008 wurden über 780.000 derartige Sanktionen verhängt. Ist schon der rigide Hartz-IV-Sanktionsparagraf mehr als problematisch, so führt die katastrophale Personalsituation in den JobCentern zu einer Praxis, die für die Betroffenen unzumutbar ist. Von den 2008 eingelegten Widersprüchen gegen Sanktionen waren 41% ganz oder teilweise erfolgreich, von den eingereichten Klagen 65%. Die Auswirkungen von Sanktionen werden dadurch verschärft, dass Widersprüche keine aufschiebende Wirkung haben, d.h. die Menschen müssen, auch wenn sie letztlich nach gerichtlicher Kontrolle Recht bekommen, unter den Sanktionen leiden.“*

Die Unterzeichner fordern eine sofortige Aussetzung der Sanktionen.

Unter den Initiatoren und Erstunterzeichnern: Neben vielen Politikern von DIE LINKE (von denen es jeder erwartet), die Juso-Vorsitzende Franziska Drohsel, Bundestagsabgeordnete und (mittlere) Funktionäre der SPD, die Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Claudia Roth und zahlreiche andere Mandatsträger dieser Partei.

Nur ein Strohfeuer zu den Wahlen?

Wir hoffen, das trägt hier länger - auch nach den Wahlen. Die Kandidaten der Parteien sollten jetzt bei den zahlreichen Vorstellungsrunden und Veranstaltungen direkt darauf angesprochen werden.

Es sollte ihnen angekündigt werden, dass man sie beobachten wird, wie sie sich persönlich verhalten. Ob zum Beispiel politische Mehrheiten für substanzielle Änderungen an diesen (wie anderen) Hartz-IV-Regelungen genutzt werden oder einer Koalitionsdisziplin geopfert werden.

Es wäre zu hoffen, dass die Kritik an den unhaltbaren, jahrelang „gepflegten“ Zuständen eine solche Kraft entwickeln kann, dass wenigsten hier eine schnelle Änderung durchsetzbar wird. In den letzten Wochen vor den Wahlen sollte kein Kandidat davonkommen, ohne sich dazu äußern zu müssen.

Vorzeige-JobCenter Tempelhof-Schöneberg?

Unter dem Aufruf stehen als Erstunterzeichner aus unserem Bezirk auch das direktgewählte Mitglied des Abgeordnetenhauses Lars Oberg (SPD) und Ingo Siebert (Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der BVV). Bei den weiteren 5.300 Unterzeichnern (Stand 23.08.) ist nicht ausschließen, dass auch bezirkliche Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen ihre Unterschrift daruntersetzten. Die von Frau Dr. Klotz (für das JobCenter zuständige Stadträtin), oder Ralf Kühne, Rolf Brüning oder Denise Marx (Sozialauschuss-Mitglieder bzw. Stellvertreter) konnte man bislang nicht entdecken.

In der BVV haben sich SPD und B‘90/Grüne („Hartz-IV-Schöpferparteien“) ziemlich zurückgehalten, dem hiesigen JobCenter genauer auf die Finger zu schauen. Auf eine Kleine Anfrage von DIE LINKE (Lfd. Nr. 346, siehe http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/im_rathaus) „Sanktionen im JobCenter Tempelhof-Schöneberg“ leitet Frau Dr. Klotz nur die (meist unzureichenden) Antworten aus dem JobCenter weiter. Ende Mai 2009 bestätigte Frau Klotz: *„Zutreffend ist, dass das JobCenter nach aktuellster Auswertung (Stand Januar 2009) mit einer Sanktionsquote von 3,37% über dem Berliner Durchschnitt von 2,86% liegt.“* Zahlen aus dem Abgeordnetenhaus (Drs. 16/13 024) hatten ergeben, dass Tempelhof-Schöneberg insbesondere eine „Spitzenstellung“ bei 100%-Sperren hat. Nach der Berechnungsmethode der Bundesagentur (Jahresdurchschnittswerte) hatte sich in Tempelhof-Schöneberg der „Bestand“ an Sanktionen von 729 (2007) auf 804 (2008) erhöht. Auffällig dabei insbesondere die Steigerung kompletter Zahlungseinstellungen von 34 auf 62 (Durchschnittsfälle). Von den 298 entsprechenden Fällen berlinweit, wurden gut 20% aller Totalsanktionen in Tempelhof-Schöneberg ausgesprochen!

Politische Kontrolle im Bezirk unzureichend

Zur neueren Entwicklung im I.Quartal 2009, laut der Grünen Stadträtin: 3.004 neue Sanktionen gesamt. Wegen wiederholter Pflichtverletzung wurden 853 Leistungsempfänger/-innen (über 25 Jahre) verschärft sanktioniert, d.h. mit 60%-100%iger Kürzung. Bei den unter 25-jährigen reicht bereits eine wiederholte Pflichtverletzung zur Einstellung der Leistung. Das betraf 85 Fälle! Wie die Fälle insgesamt, haben auch Widersprüche und Klagen zugenommen. Bei den 979 (2008) Widersprüchen hatte rund ein Drittel Erfolg. Für Klagen gegen Sanktionen gibt das JobCenter eine Steigerung von 80 (2007) auf 90 (2008) an. Die Erfolgsquote soll sich wegen den zeitlichen Verzögerung nicht eindeutig berechnen lassen. Von den 2007 abgeschlossenen Klagen gab es 4 vom Kläger gewonnene Urteile und 26 Vergleiche zugunsten der Kunden. 2008 setzen sich 3 Kläger durch, aber in weiteren 58 Fällen gab das Jobcenter mit einem Vergleich nach. (Klageursachen lagen jeweils 1 bis 2 Jahre zurück). Also jede Menge Handlungsbedarf!

Bezirksverordneter Harald Gindra

Tag der Erinnerung und Mahnung

Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg
Sonntag, den 13. September 2009

Auftakt ist diesmal in Schöneberg um 11 Uhr an der ehemaligen SA-Kaserne General-Pape-Straße (Werner-Voß-Damm 54a). Dort befand sich 1933 ein berüchtigter Folterkeller. Es schließt sich ein Fahrradkorso an, der an Orten von Verfolgung und Widerstand entlang führt und auf dem Bebelplatz endet.
Dort finden von 13 bis 18 Uhr Gespräche mit Zeitzeugen und Diskussionen zur aktuellen Situation von Sinti und Roma statt; eine Podiumsdiskussion setzt sich mit deutscher Geschichtspolitik 70 Jahre nach dem Überfall auf Polen auseinander, Ausstellungen dokumentieren die Geschichte der NS-Zwangsarbeit, Widerstand gegen das NS-Regime sowie die Geschichte des „Tages der Opfer des Faschismus“. Zahlreiche Infostände laden zur Beschäftigung mit vielen weiteren Themen ein. Das Kulturprogramm auf der Hauptbühne, ein Grafitti-Jam, ein Kinderfest und anderes mehr erweitern das Programm.

Lupe09-09.indd 2 31.08.2009 09:49:35

BVV im Juli

CDU torpediert Schulreform

Mit ihrem Antrag (Drs 1105 vom Juni) zeigt sich die CDU unzufrieden mit der Gymnasialzugangsregelung (u.a. nach Losverfahren), da ab dem Schuljahr 2009/10 es nur noch ein zweigliedriges Schulsystem, Sekundarschule und Gymnasium, in Berlin geben wird. Diese Regelung ist jedoch notwendig, da man zunächst einen Ansturm auf vereinzelte Gymnasien erwartet. Das Losverfahren wird es auch nur dann geben, wenn die Nachfrage größer sein sollte als es vorhandene Plätze gibt. Aber im Grunde geht es der CDU und auch der FDP um die Schulreform insgesamt und um die Sorge ihrer Elite-Schulen, denn mit dem 30%igen Losverfahren hätten mehr Schüler/innen als bisher die Chance, ein Gymnasium von innen zu erleben. Außerdem hätten die Gymnasien selbst nicht mehr alleine die absolute Entscheidungsmacht, sich ein Elite-Profil zu geben. Ein frühzeitiges Aussortieren der Schüler/innen, wie unsere bürgerlichen Parteien das gerne hätten, ist nicht nur unfair, es wird auch den Entwicklungsmöglichkeiten der Einzelnen nicht gerecht. Die (vom Senat beschlossene Kompromisslösung, statt Gemeinschaftsschule) Sekundarschule wird keine Restschule sein, sondern eine integrative Ganztagsschule, die zu allen Schulabschlüssen führt. Es wird kein Probehalbjahr und kein Sitzenbleiben mehr geben. Sie ist sogar die bessere Alternative, mit größeren Bildungschancen für alle. Die Gesamt- und Gemeinschaftsschulen sind schon jetzt bei der Schulwahl sehr beliebt. So kann man davon ausgehen, dass die Sekundarschule gut angenommen wird. Die SPD sprach gar von einem "Modell für Deutschland". Der Antrag der CDU wurde leider mehrheitlich angenommen, d.h. das Bezirksamt soll sich darum bemühen, dass der gymnasiale Zugang nicht über das Losverfahren geregelt wird.

"Leuchtturmprojekt" auf der Roten Insel

In der Vorlage zur Beschlussfassung Drs 1142 ging es um die Bebauungspläne 7-29, gegen die es massiven Widerstand seitens der Bürgerinitiative seit anderthalb Jahren gibt. Das Projekt wurde von der CDU und SPD nur positiv und als "hochtransparentes" Verfahren dargestellt und sie drängten nun vor der Sommerpause auf dieses Teilergebnis. Widerstand in der BVV gab es nur von den Grünen und von unserem Verordneten Harald Gindra. Die Ablehnung der Bebauungspläne, die einige Wochen bis 27. April für Bürgereinwände im Rathaus auslagen, begründete er für Die Linke damit, dass die Umfeldverträglichkeit in einem schon verdichteten Wohngebiet mit einer geplanten überdimensionierten hohen Bebauung, nicht gegeben sei, dass die zahlreichen Bürgereinwendungen zu wenig Beachtung fänden und eine soziale Verdrängung stattfinden würde. Desweiteren kritisiert wurde das Zurückhalten von Informationen über die Investoren und die geplante Nutzung, die inhaltlich nichts festlegt. Angebliche 5-6000 Arbeitsplätze sollten als Zustimmungsköder herhalten. Zu kritisieren sei vor allem auch die Festsetzung des Bebaungsplanes als spekulative Vorratsfläche, weil für deren zukünftigen Nutzung (außer den wenigen Ausschlüssen) der Bezirk seine Planungshoheit aus der Hand geben würde. Städtebaulicher und architektonischer Wettbewerb flössen bei der Bewertung dann nicht mehr ein. Auch die Grünen meldeten massive Kritik an, da das Nachgeben in der minimalen Reduzierung der Gebäudehöhen keine wirkliche Entscheidung in der Sache gewesen sei, sondern nur eine notwendige bauaufsichtliche, um die Radarschicht einzuhalten. Ein weiterer Vorhalt war, war die Gebietsausweisung, die erst gar nicht alternativ diskutiert worden sei. Dessen ungeachtet spricht die SPD vom "Mehrwert der Bewohner der Insel" und von einem "Leuchtturmprojekt" insgesamt. Anzumerken sei noch, dass der CDU-Verordnete Rimmler ganz besonders die Risikobereitschaft des Investors lobte. Die CDU-nahen Investoren sind nicht selten gerichtsnotorisch (Landowky and friends lassen grüßen) aufgefallen.

Elisabeth Wissel

BVV-Vorlagen

An dieser Stelle wollen wir die Transparenz über die Arbeit in der BVV verbessern. Wir listen stichpunktartig eine Auswahl der behandelten Vorlagen und ihre Beratungsergebnisse auf.

(Drs = Drucksache; BA = Bezirksamt; BE = Beschlußempfehlung; KL = Konsensliste; MzK = Mitteilung zur Kenntnisnahme; FM = Gebäudewirtschaft)

- Rücknahme Verkaufsbeschluss Revierunterkunft Rudolf-Wilde-Park (Drs 1125 von AGP und Änderungsantrag von SPD) - vertagt auf September-Sitzung
- Gedenkstätte zu KZ Columbiahaus (Drs 1126 von DIE LINKE) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Kultur und Bildung (KL)
- Willy Brandt Ausstellung im Rathaus Schöneberg (Drs 1127 von SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Neue Strukturen für Jugendförderung (Drs 1128 von CDU) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Urteil zu Wohnungsbordell auswerten (Drs 1129 von B'90/Grüne und SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Belastungen durch Straßenausbaubeitragsgesetz mindern (Drs 1130 von CDU) Ergebnis: mit übernommener Änderung von B'90/Grüne beschlossen
- Tempelhofer Feld für Alle (Drs 1132 von SPD) - vertagt auf September-Sitzung
- Integrierte Sekundarschulen (Drs 1134 von B'90/Grüne) Ergebnis: Gemeinsamer Änderungsantrag mit SPD - Beschluss
- Frührstmögliche Erschließung von Grünflächen - Cheruskerpark (Drs 1135 von CDU) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung (KL)
- Schulreform zur Frequenzverbesserung nutzen (Drs 1136 von B'90/Grüne) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Schule (KL)
- Personalentwicklungsplanung fortschreiben (Drs 1116 BE aus Hauptausschuss) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Kostenbeteiligungen für BürgerInnen offen legen (Drs 1087 BE aus Ausschuss Umwelt, Natur und Verkehr) Ergebnis: Beschluss (KL)

Unser Bezirksverordneter

Harald Gindra

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Telefon: 01525-45 25 000

EMail: Linke.bvv.ts@googlemail.com

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus: Raum 2036

Sprechstunde: immer donnerstags von 17-19 Uhr

Telefon: 030 / 90277 4898

Arbeitskreis Kommunales (AKK)

In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der Arbeitskreis unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen in der BVV nehmen.

Nächste AKK-Sitzung

Freitag, 11. September und 9. Oktober

Beginn jeweils 18 Uhr im Rathaus Schöneberg, Raum 2036

Direkte Demokratie

Wir fordern auf, die Einwohnerfragestunde zu jeder monatlichen BVV-Sitzung zu nutzen. Alle bezirklichen Themen können angesprochen werden. Wir unterstützen gerne dabei.
Interessierte sind ständig eingeladen, die Beratungen der Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung zu besuchen. Informationen sind bei uns zu erhalten.

BVV-Sitzung

Die nächste BVV-Sitzung findet am Mittwoch, dem 16. September, 17 Uhr im BVV-Saal (2. Stock) im Rathaus Schöneberg statt.

Lupe09-09.indd 3 31.08.2009 09:49:36

Schlagwort

Integration

Gerne wird dieses Wort heute im Zusammenhang mit der Situation von Menschen mit dem sogenannten Migrationshintergrund benutzt und es haben sich vielfältige Bedeutungen entwickelt. Dabei wird gerne auf die Forderung „der Gesellschaft“ nach Erwerb der deutschen Sprache verwiesen. Hinter diesem Vorhang lauert der Vorwurf, sich in „Parallelgesellschaft“ zu üben.

Keine Frage, die Sprache der Mehrheitsgesellschaft ist ein wichtiges Mittel, um sich Chancen zu erschließen, wenn sie einem denn gegeben würden. Aber schon die Menschen, die z. B. nur einen Elternteil „aus der Fremde“ haben, hier geboren sind und vielleicht nie eine andere Sprache als das Deutsche gelernt haben, wie viele Afrodeutsche, können bestätigen, dass trotzdem bei diversen Mitgliedern der „Mehrheitsgesellschaft“ eine nicht geringe Bereitschaft zur Ausgrenzung besteht. Und so kommt es nicht ohne Grund vielen von diesen Erscheinungen Betroffenen so vor, als würden Aussehen, Name und vielleicht Wohngegend vollständig ausreichen, sie als „etwas anderes zu sehen“ als einfach nur Menschen, die hier leben und mitwirken möchten.

Emanzipation

Letztendlich kommt es auf die Art der Gesellschaft an, was Integration bedeutet: in eine Sklavenhalter-Gesellschaft ist auch der Sklave integriert. In einer rigiden Klassengesellschaft findet die „Integration“ von „Fremden“ vorwiegend im „Bodensatz“ statt. Was „Migranten“ wie „Langansässige“ wollen, ist das Ende von Ausgrenzung und Behinderung auf Grund von bedeutungslosen „Eigenheiten“, ist die volle Gleichberechtigung, die Emanzipation! Das ist sowohl ein rechtlicher wie ein gesellschaftlicher Prozess, der politischen Willen erfordert.

Andreas Schlüter

Ein Projekt nimmt Gestalt an

Hamid (vorn links), Bosiljka, Ridvan, Tacettin, Sevim, Udo (hinten rechts)

Selbstverständlich sind für Linke nicht nur Internationalismus und Antirassismus, sondern auch der Kampf gegen jede Form der Ausgrenzung wichtig. Aber die Probleme sind vielschichtig und sie strahlen sicher auch in unsere Partei aus. So müssen wir uns selbstverständlich mit den gesellschaftlichen Hemmnissen einer uneingeschränkten Teilhabe wie auch mit unseren eigenen Mängeln auseinandersetzen. Daher ist in unserem Bezirksverband schon seit längerem der Arbeitskreis Flüchtlings- und Migrationspolitik aktiv. Auch hier wuchs das Bedürfnis, dieser Arbeit im Landesverband einen Rahmen zu geben.

Das Vorhaben, eine Berliner Landesarbeitsgemeinschaft zu gründen, die sich der Emanzipation der Migranten und dem Antirassismus widmet, nimmt nun unter tatkräftiger Beteiligung unseres Bezirks Form und Gestalt an. Am Samstag, dem 11. Juli, 10 Uhr fand in der Roten Insel eine Versammlung statt, um das Vorhaben weiter voranzutreiben. Leider konnte diese Versammlung aus Gründen der Landessatzung (Einladungsfristen) noch nicht die eigentliche Gründungsversammlung sein (die wird nunmehr am 3. Oktober im Karl-Liebknecht-Haus stattfinden).

Eine lebendige Veranstaltung

Ridvan Kücük begrüßte die Teilnehmer der Versammlung, die von Tacettin Dagci geleitet wurde, auch Udo Wolf richtete ein Grußwort an die Versammlung. Sevim Dagdelen (MdB DIE LINKE) stellte das Projekt der Bundesarbeitsgemeinschaft Migration, Integration und Antirassismus vor, Bosiljka Schedlich vom Südost-Europa-Verein steuerte ein bewegendes Referat mit dem Titel „Situation der Sinti und Roma in Berlin“ bei, dem eine kurze Aussprache folgte. Hamid Rochdi sprach dann eindringlich zum eigentlichen Vorhaben der LAG-Gründung.

Es wurde ein offenes Vorbereitungsgremium durch die Versammlung ernannt, das einen Satzungsentwurf fertigstellt, die Gründungsversammlung vorbereiten und die Einladungen verschicken wird. Zwischendurch erfreuten die Teilnehmer sich an ein paar Leckereien. Gegen 17:00 Uhr fand die Versammlung ihren Abschluss. Tatsächlich ein ermutigendes Ereignis, das zu wirklichen Hoffnungen Anlass gibt.

Es geht weiter:

Am 18. September um 18:00 Uhr wird in der Roten Insel, Feurigstr. 67/68, Nähe S-Bahnhof Julius-Leber-Brücke, eine Versammlung zum Namensvorschlag der LAG stattfinden. Am 3. Oktober findet dann die LAG-Gründung statt: ab 14:00 Uhr im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße28, 10178Berlin (am U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz).

Text/Foto: Andreas Schlüter

DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg:

Wahlkampf in vollem Gange!

Der Bezirk befindet sich im Bundestagswahlkampf und die Sonne ist mit uns.

Für eine soziale Gesellschaft und somit gegen den Sozialabbau und gegen HARTZ IV, für Freiheit und Gleichberechtigung, für Frieden und Gerechtigkeit und somit gegen Imperialismus und imperialistische Kriege, arbeiteten auch an diesem Tag wieder unsere Genossen an den Ständen.

Text/Foto: Andreas Schlüter

Vom Stand am Kaiser-Wilhelm-Platz am 8. August hier ein Bild, unsere Direktkandidatin Figen Izgin war dabei!

Lupe09-09.indd 4 31.08.2009 09:49:36

Öffentliches Gelöbnis unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Mit der zwanghaften Vorliebe, diese Zeremonie vor dem Reichstag abzuhalten, versucht die Bundeswehr dieses Treuegelöbnis als etwas völlig normales und harmloses darzustellen. Das Gegenteil ist der Fall. Ein fragwürdiges Spektakel, bei dem junge ahnungslose Männer und Frauen ein Versprechen geben, unter Einsatz ihres und fremden Lebens, letztlich die Interessen multinationaler Energiekonzerne zu vertreten. Nichts anderes ist der Einsatz in Afghanistan, wo es um die Vergrößerung von Einflußsphären und um die Durchsetzung politischer und ökonomischer Ziele geht. Allein 1.500 Polizisten waren am 20. Juli nötig, um das Öffentliche Gelöbnis von 400 Rekruten vor der Öffentlichkeit zu schützen. Viele Menschen finden dieses Ereignis inzwischen als bedrohliche Zumutung. Sie haben begriffen, dass bewaffnete Einsätze keine Friedensmission sind. Gerade wegen dieser breiten Ablehnung unternimmt unser Außenminister alle erdenklichen Anstrengungen, um doch noch eine gesellschaftliche Akzeptanz für Militarisierung zu erreichen. Zwar war jeder noch so leise Widerstand unerwünscht, dennoch kamen über 500 Teilnehmer/innen zu einer Protestkundgebung am Potsdamer Platz. Dabei drangen leider die Argumente und Bedenken der breiten Friedensbewegung, was die weltweiten militärischen Einsätze besonders in Afghanistan, und auch die Kriegswaffen-Ausrüstungen für schnelle Eingreiftruppen anbelangt, kaum in unsere konsumorientierten Medien vor. Passend, um die Aufmerksamkeit der Menschen zu erreichen, werden nun erstmals auch wieder seit Bestehen der Bundeswehr (Blut-)Orden, im Sinne der preussischen, militärischen Heldentodideologie vergeben. Denn wo Kriege geführt werden dürfen die Orden nicht fehlen. Unsere Bundeswehr wurde von einer Verteidigungs- zu einer Interventionsarmee entwickelt und sucht zunehmend nach Anerkennung, die sie nicht bekommt. Da hilft auch nicht der Versuch, aus den nach Nazi-Generälen benannten Kasernen herauszukommen und an die Tradition ausgesuchter militärischer Widerstandkämfer anknüpfen zu wollen, denn Kriege sind nun mal das Schmutzigste und Niederträchtigste was Menschen einander antun können. Für die heutige demokratische Gesellschaft darf Krieg nicht mehr eine „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ sein. Jeder vernünftige Mensch lehnt solch eine Ersatzpolitik ab. Die eigentliche Gefahr geht nicht vom „Terrorismus“ aus, sondern von der globalen Gier des Kapitalismus, der jede wirtschaftliche und kulturelle Eigenständigkeit zerstört.

Elisabeth Wissel

DIE LINKE vor Ort

NACHBARSCHAFTSFEST IM KULMER KIEZ, GROßGÖRSCHENSTRAßE

Samstag, 5. September, 12.00-20.00 Uhr

MUSIK VON UND MIT

Wedding Skiffle Orchestra
Hüseyin Yoldaş
Salome / Chor / IG PENG
La Mula
Kinderprogramm von
und mit Torsten Krämer
Straßentheater

14.00 Uhr
Gespräche mit den Berliner Bundestagskandidatinnen **FİGEN İZGİN**, Direktkandidatin in Tempelhof-Schöneberg und **PETRA PAU**, MdB und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages,

17.00 Uhr
Diskussion mit **HARALD GINDRA**, Bezirksverordneter und **RIDVAN KÜÇÜK** und **ÇETİN YILDIZ** vom Arbeitskreis Flüchtlings-und Migrationspolitik der Linken in Tempelhof-Schöneberg

Infostände, Vereine, Verbände, Kiezinitiativen stellen sich vor...

DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg

Honduras

In Bedrängnis

Am 28. Juni wurde der demokratisch gewählte Präsident von Honduras, Manuel Zelaya, vom Militär entführt und außer Landes gebracht. Seither formiert sich eine wachsende Demokratiebewegung in Honduras, deren Aktivisten sich unter hohem persönlichem Risiko gegen den Staatsstreich und für die Rückkehr des Präsidenten einsetzen. Alexander King, Mitglied unseres Bezirksvorstands, begleitete die Abgeordnete Monika Knoche (DIE LINKE) auf einem Solidaritätsbesuch bei der honduranischen Demokratiebewegung.

Vertreterinnen von Gewerkschaften, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen berichteten uns von tausenden willkürlichen Festnahmen seit dem Putsch, von Folter, Verschwundenen und Ermordeten. Schockiert zeigten sich unsere honduranischen Gesprächspartner von der Tatsache, dass eine deutsche Partei – die FDP –die Putschisten in Honduras offen unterstützt.

Beim Treffen mit führenden Mitgliedern der Widerstandsfront gegen den Staatsstreich sowie mit Mitgliedern der rechtmäßigen Regierung von Honduras, die seit dem Putsch ein “Kabinett im Widerstand” bilden, wurden deutliche Erwartungen an DIE LINKE und an die sozialen Bewegungen in Europa formuliert. Die honduranischen Aktivisten hoffen auf unseren verstärkten Einsatz dafür, dass Deutschland und die EU endlich stärker politisch initiativ werden, um Zelaya die Rückkehr nach Honduras und in sein Amt zu ermöglichen.

Die Demokratiebewegung in Honduras braucht unsere Hilfe.

Weitere Informationen und Unterstützungsmöglichkeiten unter: http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/themen/internationales

Lupe09-09.indd 5 31.08.2009 09:49:37

Hartz IV Nachrichten

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit: Die ALG-2-Verordnung (ALG 2-V) wurde geändert - Kein Versicherungs-Freibetrag mehr für Kinder

Kindergeld ist eigentlich Einkommen des Kindergeld-Berechtigten, wird beim ALG-2 aber wegen der Zweckbestimmung dem Kind zugeordnet, solange es das Kindergeld für seinen Bedarf benötigt. Das hat zur Folge, dass Kindergeld, welches das Kind nicht zur Deckung seines Bedarfes benötigt, wieder Einkommen des Kindergeld-Berechtigten wird, wobei hier ein Freibetrag von 30€ gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 ALG-2-V jeweils beim Kind und beim Kindergeld-Berechtigten abgezogen werden muss, sofern dieser Freibetrag nicht bereits bei anderem Einkommen der jeweiligen Person abgezogen wird. De facto heisst das, es kann nur jener Kindergeld-Übertrag beim Kindergeld-Berechtigten ALG-2 mindernd angerechnet werden, der 60 Euro übersteigt. Diese Freibeträge wurden in der Praxis, besonders beim Kind, nicht berücksichtigt oder verweigert.

Mehr unter: www.gegen-hartz.de

AK ELViS
Rote Insel, Feurigstr. 67-68

Hilfe und Beratung zu ALG-2 und Sozialgeld
Jeden Di, 17-19 Uhr
Jeden Do., 10-12 Uhr

Erwerbslosenfrühstück
Jeden 2. & 4. Do., 10-12 Uhr

JobCenter-Aktionen
in der Wolframstrasse 89-92
Jeden 1. & 3. Di., 10-11 Uhr sowie donnerstags 17-18.30 Uhr (Termine bitte erfragen)

■ Arbeitslosengeld I (ALG-I) nach kurzzeitiger und befristeter Beschäftigung

Seit dem 1. August gilt, wer nur kurzweilig bei einem Arbeitgeber beschäftigt war, verwirkt damit nicht seinen Anspruch auf das Arbeitslosengeld I. Der erleichterte Zugang zum ALG I für ArbeitnehmerInnen, die immer wieder nur für kurze Zeit befristet beschäftigt sind, ist zum 1. August in Kraft getreten: Danach besteht unter bestimmten Bedingungen bereits ein Anspruch auf ALG I nach sechs (statt 12 Monaten) Vorversicherungszeit aus den letzten zwei Jahren (Rahmenfrist).

■ Rechtsbeugung durch die ARGE München und andere Leistungsträger des SGB II beim Warmwasserabzug

Das Bundessozialgericht hat in seiner ständigen Rechtsprechung zu den Warmwasserkosten entschieden, dass die Anrechnung dieser Kosten nach § 9 Heizkostenverordung (HKV) im SGB II grundsätzlich unzulässig ist. Dabei ist es egal, ob diese Berechnung vom Leistungsträger, dem Vermieter oder einer von diesem beauftragten Heizkostenabrechungsfirma vorgenommen wird..

■ Hartz-IV-Regelsätze vor dem Bundesverfassungsgericht

Wie das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mitteilte, werden die Arbeitslosengeld-2-Regelsätze in einer Verhandlung überprüft. Vor allem stehe der Regelsatz für Kinder zur Disposition. Zahlreiche Sozialgerichte halten den angesetzten Regelsatz vor allem für Kinder als deutlich zu niedrig. Das Bundesverfassungsgericht wird nun zunächst überprüfen, ob die Hartz-IV-Regelsätze dem Bundesdeutschen Grundgesetz entsprechen bzw. mit diesem vereinbar sind.

■ ALG-2-Empfänger mit Zuschlägen können sich nicht von den GEZ Gebühren befreien lassen

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (AZ 2 S 1400/08) urteilte: ALG-2-Empfänger mit Zuschlägen können sich nicht von den GEZ Gebühren befreien lassen, auch wenn die Zuschläge weniger sind, als die veranschlagten Rundfunkgebühren. So entschied der 2. Senat des VGH Baden-Württemberg und wies eine entsprechende Klage einer Hartz-IV-Betroffenen ab.

■ Will der Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel erhöhen?

Bereits vergangene Woche machten zweifelhafte Konzepte aus dem Hause des Bundeswirtschaftsministeriums die Runde. In diesen Papieren wurde beschrieben, wie die Wirtschaftspolitik einer unionsgeführten Bundesregierung aussehen soll. Alle Befürchtungen von Gewerkschaften, diakonischen Einrichtungen und sozialen Verbänden werden in diesen Konzepten beschrieben. So wird eine neoliberale Wirtschaftspolitik beschrieben, die in ihrem Ausmaß einzigartig wäre. Unter anderem wird vorgeschlagen, die gesetzlichen Mindestlöhne (Arbeitnehmer-Entsendegesetz, AEntG) gänzlich abzuschaffen sowie eine deutlich höhere Mehrwertbesteuerung auf Lebensmittel vorzunehmen.

■ Alle gemeinsam: Mehr Schonvermögen bei Hartz IV gefordert.

Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) fordert erneut die Anhebung des Schonvermögens auf 700 Euro pro Jahr. Jede Partei im Deutschen Bundestag möchte die Freibetragsgrenze beim sogenannten Schonvermögen erhöhen. Bis auf die CDU nennen alle Parteien konkrete Zahlen. Die Landtagswahl im Saarland 2009 findet am 30. August 2009 statt. Der Wahlkampf wird also im Saarland auf Bundesebene geführt, da auch im September die Bundestagswahl ansteht. So fühlt sich auch der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) dazu berufen, Themen mit bundesweiter Relevanz als Wahlkampfthema aufzugreifen. So sagte Peter Müller gegenüber der taz: *„Über das Schonvermögen müssen wir reden. Ich bin für eine Erhöhung des Freibetrages auf 700 Euro pro Jahr“.* Ob das ausreicht der CDU einen sozialen Anstrich zu verpassen? Sehen wir uns doch einmal die Schonvermögensregelung genauer an.

■ FDP will Bürgergeld statt ALG-2?

Ein Sommermärchen oder eine Wahllüge? Entscheiden sie selbst. Anstelle von ALG-2, Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter, Kinderzuschlag und Wohngeld soll eine Pauschale gezahlt werden. Ein Alleinstehender ohne Kinder soll 662 Euro bekommen. Kinder haben einen eigenen Bürgergeldanspruch, der nicht näher beziffert wird. Ansonsten sollen die bereits im SGB II verankerten Einkommensanrechnungs- und Sanktionsmechanismen erhalten bleiben.

■ Gebrauchtes Fernsehgerät bei Antrag auf eine Erstausstattung

Frankfurt a.M. In gleich zwei aktuellen Gerichtsentscheidungen des Frankfurter Sozialgerichtes urteilten die Richter, dass Hartz-IV-Betroffene einen Anspruch auf Kostenübernahme für ein gebrauchtes TV-Gerät haben. Damit wiesen die Sozialrichter die Entscheidung der ARGE zurück, die sich geweigert hatte, die Kosten zu übernehmen. (AZ: S 17 AS 388/06 und AZ: S 17 AS 87/08).

■ Bündnis fordert ein Moratorium für Hartz-IV-Sanktionen!

Im Jahr 2008 waren 789.000 Erwerbslose von Sanktionen betroffen, mit denen ihr Existenzminimum gekürzt oder sogar gestrichen wurde. In vielen Fällen war dies willkürlich und rechtswidrig. Die Initiator/innen des Aufrufes halten angesichts der hohen Zahl erfolgreicher Widersprüche (41,7 %) und Klagen (65,3 %) und der katastrophalen Personalsituation in den JobCentern wie auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise einen sofortigen Stopp der gegenwärtigen Sanktionspraxis und ein Überdenken der Sanktionsregelungen für dringend notwendig. Das Bündnis fordert ein Aussetzen der Sanktionen. Unterzeichnen Sie mit!
http://www.gegen-hartz.de/nachrichtenueberhartziv/moratorium-fuer-hartz-iv-sanktionen-gefordert86652.php

■ BA-Quoten-Vorgabe bei Hartz-IV-Sanktionen?

„Nach internen Vorgaben werden Chefs von JobCentern dazu vergattert, 30 bis 40 Prozent der Hartz-IV-Empfänger mit Sanktionen zu belegen. Diese Quote soll erbracht werden unabhängig davon, wie sich die Arbeitslosen konkret verhalten“, teilte unlängst das Radiomagazin „Politikum“ mit (WDR 5, Sendung vom 23 März. 2009). Sonst berichten große Teile der Medien zu diesem Thema meistens unter dem Motto: „Arbeitsunwillige Hartz-IV-Empfänger werden verstärkt sanktioniert.“ Es gibt also reichlich Anlass, sich näher mit diesen umstrittenen Maßnahmen zu befassen.

www.gegen-hartz.de

Lupe09-09.indd 6 31.08.2009 09:49:37

Offener Brief

an Frau Wagener, Geschäftsführerin des JobCenters Tempelhof-Schöneberg, und Frau Dr. Sibyll Klotz (Bündnis90/Die Grünen), Sozialstadträtin, u.a. zuständig für das JobCenter Tempelhof- Schöneberg.

Sehr geehrte Damen!

Was habe ich mich gefreut, als ich Post vom JobCenter mit der Unterschrift der Geschäftsführerin Frau Wagener erhalten habe.

Endlich eine Klärung meiner Probleme mit dem JobCenter durch die Chefin und eine leichte Entschuldigung für die lange Bearbeitungszeit und die Unannehmlichkeiten.

Ich dachte nur: Das häng ich mir doch übers.....

Aber da war der Briefkopf auf der ersten Seite rechts oben: Ein Herr Rabe vom Team 623 verwies für Nachfragen auf sein(Geschäfts) Zeichen.

Und das Tagesdatum (21. des Monats Juni 2009) war handschriftlich hinzugefügt.

Am 22.7.2009 hat sich eine weitere Person zu dem Schreiben bekannt: Frau Aulich vom Team 623 weist „in diesem Zusammenhang auf mein Schreiben vom 21.7.2009 hin".

Drei Mitarbeiter für ein Schreiben?

Daß Hartz-IV-Empfänger an einem Tag mehrere Schreiben vom JobCenter erhalten ist inzwischen Normalität. Warum soll die eine Hand wissen was die andere tut, zumal in einem besonders qualifizierten Team, wie es von Frau Klotz oft in der Öffentlichkeit beschrieben wird. Die Mitarbeiter der Teams 613 und 623 sind laut Aussagen von Frau Dr. Klotz spezifisch geschult für den Umgang mit Menschen, die von Wohnungsnot bedroht oder betroffen sind.

In einer Sitzung des Sozialausschusses der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg am 24.5.2007 sagte Frau Wagener:
„Hier sind erfahrene Mitarbeiter aus dem Sozialamt in der betreffenden Arbeitsgruppe zusammengefügt".
Und fast am Ende des Schreibens, zwei Zeilen vor der Unterschrift von Frau Wagener, ist folgendes geschrieben:
..„Frau X ,Ihre Betreuerin vom...(Träger),habe ich heute dazu telefonisch informiert und gebeten, sich der Sache anzunehmen."

Wie ich beim Träger erfahren habe, hat Frau Wagener weder an dem Tag noch an einem anderen bei dem Träger angerufen, hat also auch nicht mit Frau X gesprochen und sich um die Sache bemüht.

In einem späteren Schreiben an meinen Rechtsanwalt hat sie dann erklärt, ein Mitarbeiter hätte das - wann auch immer - für sie gemacht.

Solche Lügen in einem vermeintlichen Entschuldigungsschreiben sind schon heftig; wenn die anderen Mitarbeiter davon Kenntnis erlangen weiß man, warum manche Mitarbeiter im JobCenter unfair handeln.

Die Mitarbeiter des Trägers nehmen sich aufopferungsvoll schon seit 2007 der Sache an. Diese Klärung besteht fast immer darin, die Fehler des JobCenters zu korrigieren!

Nein! Frau Klotz und Frau Wagener: Bei dieser besonderen Qualifikation kann man bei solchem Verhalten nur Rücktritt fordern.

Aber was ist, wenn die oben genannten wirklich schon besonders geschult sind?

Wenn es sich um „normale" JobCentermitarbeiter handeln würde..

Frau Wagener: Als Mitarbeiterin mit Vorbildcharakter sind sie untragbar.

Ob Frau Klotz als Dienstherrin hier noch tragbar ist möge die BVV entscheiden.

Ich glaube: Nein.

Nach mehreren schriftlichen Anfragen zur Aufklärung der genauen Zahlungen des JobCenters erhalte ich am 3.8.2009 erneut ein Schreiben mit zwei Absendern:
Die Antwort kommt von Frau Aulich vom Team 623, unterschrieben mit Stempel hat aber eine Frau Drechsler vom Team 623.

Da die angeforderten Belege zum wiederholten Mal inhaltliche Fehler und fehlende Zahlungsbewegungen aufweisen, es sei denn, ich war in der Zeit vom Oktober 2008 bis zum heutigen Tag weder kranken- noch rentenversichert und für die Pflegeversicherung wurde auch nicht gezahlt, werden diese Daten durch das Sozialgericht eingeholt.

Dieses JobCenter kann weder einfachste Belege ausdrucken, Gelder pünktlich und richtig zahlen, Fehler eingestehen und diese dann vor allem revidieren.
Als wenn das nicht reichen würde:

Der Träger teilte mir am 10.8.2009 mit, dass am 6.8.2009 zwei Mieten (eine Miete also erneut zu spät) eingezahlt wurden, die das JobCenter per direkter Zahlung überweisen sollte

Nicht nur, dass eine Mietzahlung erneut zu spät war, die Mitarbeiter haben es hier sogar geschafft, auch noch zwei Doppelfehler einzubauen. Abgezogen wurden zwei mal die Kosten für Warmwasser- und Kochenergie, was vom Regelsatz erfolgen muss und nicht von der Miete und sie haben die Pauschalen aus 2008 abgezogen.

Vier Fehler in einer Überweisung, von derselben Art wie sie schon wiederholt von Mitarbeitern des Teams 623 gemacht wurden.

Und das nach dem nun schon monatelangen Ärger.

Wahrlich Spezialisten.

Meine Fragen

- Wie sollen die Mitarbeiter im JC vernünftig arbeiten wenn die Chefin in einem Entschuldigungsschreiben lügt?
- Muss in dem „Spezialteam" nicht die Sorge um Obdachlosigkeit Vorrang haben?
- Warum sind vom JobCenter verursachte 10€ Mahngebühren die Katastrophe für das JC?
- Warum weigert sich das JobCenter überhaupt, selbstverschuldete Mahngebühren zu zahlen?
- Wer trägt die Kosten für die Schlampereien? Pro Tag 22,27€ bzw. 21,87€. Und ein Ende ist nicht abzusehen.

Tauschen sie die Mitarbeiter und am Besten auch sich selbst aus, Frau Klotz und Frau Wagener!
Antworten Sie mir bitte aber, Frau Klotz und Frau Wagener, bevor sie zurückgetreten sind!

Mit freundlichen Grüßen
Josef Moß

(Siehe auch Lupe 07/09. Seite 10)

du hast die wahl - seçim senin
Migration gestalten

Eine Diskussionsveranstaltung
mit den BundestagskandidatInnen

- Mechthild Rawert (SPD),
- Dr. Jan-Marco Luczak (CDU),
- Figen Izgin (Die Linke),
- Holger Krestel (FDP, angefragt) und
- B90/Die Grünen (angefragt)

Montag, 7. September, 19.30 Uhr,
Alt-Schöneberger Saal, Rathaus Schöneberg

Hartz-IV-Meldungen

Aufgrund der Klageflut an den Sozialgerichten: Hartz-IV-Gesetze sollen einfacher und eindeutiger werden

Die Bundesländer Sachsen-Anhalt und Niedersachsen wollen die Hartz-IV-Gesetzgebungen eindeutiger gestalten, um die Klageflut an den Sozialgerichten einzudämmen. Hierbei soll es jedoch nicht um eine grundsätzliche Verbesserung der Lebensbedingungen von ALG-2-Beziehern gehen, sondern um eine präzisere Formulierung und Ausgestaltung der Sozialgesetze. Diese sollen nicht im Grundsatz geändert werden, sondern nur eindeutiger formuliert werden. Sachsen-Anhalts Justizsstaatssekretär Burkhard Lischka sagte gegenüber der „Mitteldeutschen Zeitung", dass er durch die Umgestaltung erwarte, die Klageflut an den Sozialgerichten um 10 bis 15 Prozent zu reduzieren. Momentan dauert die Bearbeitung der Klagen an den Sozialgerichten in Sachsen-Anhalt etwa 12 bis 13 Monate.

Nebenkostennachzahlung

Eine Hartz-IV-Behörde ist verpflichtet, die angemessene Nebenkostennachzahlungsforderung des Vermieters auch dann zu tragen, wenn der ALG-2-Bezieher diese Rechnung bereits selbst bezahlt hat, bevor er sie der Behörde zur Erstattung einreicht. In einem vor dem Sozialgericht Frankfurt a.M. (AZ: Az. S 26 AS 1333/07) am entschiedenen Fall hatte die Hartz-IV-Behörde die Übernahme der Nebenkostennachzahlungsforderung des Vermieters für das Jahr 2006 abgelehnt mit der Begründung, der Hilfebezieher habe die Rechnung schon aus eigenen Mitteln bezahlt und sei damit insoweit nicht mehr hilfebedürftig. Der Antrag sei zu spät gestellt.

www.gegen-hartz.de

Lupe09-09.indd 7 31.08.2009 09:49:38

Rote Insel

DIE LINKE. vor Ort

Bezirksgeschäftsstelle

10827 Berlin, Feurigstr. 67/68

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do: 11-18 Uhr
Fr: 11-15 Uhr

Telefon: 21997140/7512011

Fax: 2172926

EMail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Internet: www.die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine

Soweit nicht anders angegeben in der Roten Insel, Feurigstr. 67/68

BO Arbeit & Soziales

Jeden letzten Montag im Monat (i.M.), 19 Uhr

BO Olivenbaum

Jeden 1. Montag i.M., 19 Uhr, Rathaus Schöneberg, R. 2113

BO Schöneberg

Jeden 2. Montag i.M., 19 Uhr

Treffen BO Tempelhof

Donnerstag, 17. September, 19 Uhr, Vereinseck, Friedrich-Wilhelm-Str. 67

Bezirksvorstand

1. und 15. September, 19 Uhr

Offene Lupe-Redaktion

Bitte telefonisch erfragen

AK Flüchtlings- und Migrationspolitik

Jeden 2. Dienstag i.M., 19 Uhr

Inselgespräche

Samstag, 10. Oktober, 15 Uhr

IG Nahverkehr

Jeden 2. Mittwoch i.M., 17 Uhr

Unsere Direktkandidatin

Figen Izgin

Telefon: 0151-11635612

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Redaktion: DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg
Bankverbindung: DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg, Konto: 43 84 81 68 06, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00
Erscheinungsweise: 10mal jährlich
Auflage: 2000 Exemplare
Chefredakteur (V.i.S.d.P.): Carsten Schulz
Layout: Bernd Michael Büttner
Druck: Bunter Hund
Redaktionsschluss: 30.08.2009

Figen Izgin

Politik für die Menschen sieht anders aus!

Verursacher der Krise - die schwerste in den letzten 80 Jahren - werden zu Gewinner. Das ist Enteignung. Die Bundesregierung hat mit neuen Gesetzen Rahmenbedingungen für die Spekulation von Finanzunternehmen geschaffen. Von Ursachenbekämpfung ist auch nach der Krise keine Rede: keine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte, kein Verbot von spekulativen Finanzgeschäften.

Millionen von Menschen arbeiten mittlerweile im Niedriglohnsektor. Sie und ihre Familien können vom Lohn ihrer Arbeit nicht leben. Stundenlöhne von fünf Euro und weniger sind keine Seltenheit. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV und die Leiharbeit drücken auf die Löhne. Dabei sollte doch Arbeit vor Armut schützen. Wir brauchen einen flächendeckenden Mindestlohn, wie er in vielen Ländern Europas bereits existiert.

Das falsche Arbeitsmarktgesetz Hartz IV, Teil der Agenda 2010 – eingeführt unter Rot-Grün hat nicht wie versprochen mehr Arbeitsplätze gebracht, sondern Armut in Deutschland erhöht bzw. sie verfestigt. Wir wollen Hartz IV durch eine „sanktionsfreie Mindestsicherung“ ersetzen. Arbeitslose dürfen nicht in Arbeit gedrängt werden, die nicht Existenz sichernd ist. Da die Menschen aber heute und jetzt Antworten auf ihre Nöte erwarten, streiten wir für die Erhöhung des Regelsatzes. Schrittweise wollen wir den Regelsatz auf 500 Euro erhöhen. Die Erhöhung wäre nicht nur sozial gerecht, sondern auch ökonomisch sinnvoll.

Allein in unserem Bezirk Tempelhof- Schöneberg sind über 31 Prozent der Kinder unter sechs Jahren und 28 Prozent der SchülerInnen von der Armut betroffen. Diese Kinder und ihre Eltern sind praktisch aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen; denn fest steht, dass Armut weniger Zugang zur Bildung bedeutet. Dass Menschen, die von Armut betroffen sind, kaum am kulturellen Leben teilnehmen können und weniger mobil sind, steht fest, und auch, dass diese Kinder öfter an Krankheiten leiden.

Um Armut nachhaltig bekämpfen zu können, muss in Bildung investiert werden. Nur durch sie können wir viele Menschen in Arbeit bringen. Das Recht auf Bildung wird in Deutschland systematisch verletzt – insbesondere bei Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache oder solchen mit Behinderung. Die Chance auf eine gute Bildung darf aber nicht vom Geldbeutel und der Herkunft der Eltern abhängen. Es ist die Aufgabe der Politik, jedes Kind mitzunehmen. Die Linke ist für ein Schulsystem, welches nicht auf Aussondern gerichtet ist.

Noch immer schafft es kaum ein Beschäftigter in Deutschland, bis zum 65. Lebensjahr zu arbeiten. Nur jeder Vierzehnte im Alter von 63 bis 65 Jahren hat eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle. Dennoch wollen alle Parteien **(außer der Linken!)**, an der Einführung der Rente ab 67 – die von der Union und der SPD eingeführt wurde - festhalten. Die Regierungsparteien machen Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Wir fordern die Abschaffung der Rente mit 67 und wollen flexible Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge vor dem 65. Lebensjahr. Zudem muss die gesetzliche Rentenversicherung zu einer solidarischen „Erwerbstätigen-Versicherung“ umgebaut werden, in die **alle** Beschäftigten einzahlen.

Die deutschen Soldaten sind von Anfang an in Afghanistan am Krieg beteiligt. Dies wurde lange verschwiegen. Angeblich wollte man den Afghanen Freiheit und Demokratie bringen und die Rechte der Frauen schützen. Das Ergebnis des seit 2001 geführten Krieges ist verheerend. Die Zahl der zivilen Opfer steigt. Frauen und Kinder leiden nach wie vor am stärksten unter dem Krieg. Die Bundeswehr bringt keine Lösung des Konfliktes, sondern sie ist längst Teil des Problems. Nur Die Linke – damals die PDS - war die einzige Partei, die geschlossen gegen den Afghanistankrieg gestimmt hat. Wir fordern zivile Konfliktvorbeugung und –lösung und verstärkte Entwicklungshilfe als Alternative zu Kriegseinsätzen.

Zudem kostet uns, die SteuerzahlerInnen, die deutsche Beteiligung jährlich 530 Millionen Euro. Nur ein Viertel davon steht dem Wiederaufbau zur Verfügung. Statt Kriege zu finanzieren und neuer Hass entstehen zu lassen, muss die Bundesregierung das Geld für Bildung und andere öffentliche Aufgaben einsetzen.

Figen Izgin

Lupe09-09.indd 8 31.08.2009 09:49:38